



Tagesordnung der 3. Sitzung des 33. Studierendenrates am 05.12.2022

Ort: Hallischer Saal
Zeit: 18:30 s.t.

- TOP 00** Feststellung der Beschlussfähigkeit und Lesung der Tagesordnung (18:30)
- TOP 01** Angestelltenbelange (18:45)
- TOP 02** Referent*innenbelange (19:00)
- TOP 03** Berichte der Sprecher*innen (19:15)
1. Vorsitzende
 2. Finanzen
 3. Soziales
 4. Sitzungsleitung
 5. FSR-Koordination
- TOP 04** Sprechstunde AKs, hastuzeit und Studierendenradio (19:30)
1. Hastuzeit
 2. AK alv
 3. AK Wohnzimmer
 4. AK Zivilklausel
 5. AK que(e)r_einsteigen
 6. AK Ökologie
 7. AK Studieren mit Kind
 8. AK Protest
 9. AK Inklusion
 10. AK Uni im Kontext
 11. AK kritischer Jurist*innen
 12. AK Internationales
 13. Studierendenradio
- TOP 05** Beratungsverträge (20:10)
- TOP 06** Haushalt 2. Lesung (20:20)
- TOP 07** Anträge und Diskussionen (20:30)
1. Debatte zur Situation der PoWi im Senat
- TOP 08** Protokoll-Änderungen (20:45)
- TOP 09** Sonstiges (20:55)
- TOP 10** Semesterticket (nicht-öffentlich) (21:05)

Bericht zur Stura Sitzung am 5.12.2022
Referat für äußere Hochschul- und Bildungspolitik

Tätigkeitsbericht:

Text für SPK zur Klimaleugner*innen-Konferenz des EIKE

Einrichtung Account etc.

Absprachen zur Übergabe

Gespräch Auswirkungen Bundespsychotherapeut*innen
-Gesetz

Teilnahme am Treffen von Lernfabriken Meutern (2. bis 4.12. in Halle)

Vorbereitung Aktionsbündnis-Sitzung am 6.12. (um 18 Uhr im Stura-Konferenzraum)

Textvorschlag für die StuRa-Sitzung am 5.12.

Teilnahme Gespräch Semesterticket

Hinweis:

Meine wöchentliche Sprechstunde ist am Donnerstag, von 14 bis 16 Uhr, beginnend
am 8.12.

Textvorschlag:

Der sozialen Krise entgegenzutreten - Studierende brauchen Unterstützung!

Immer mehr Folgen der Teuerungs- und Energiekrise werden in Halle und auch bei den Studierenden deutlich. Bundesweit trifft die Krise, die sich schon seit dem Sommer in Form von enorm steigenden Lebensmittelpreisen zeigt, vor allem Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen. Wer geringe oder keine Reserven hat, für den*die ist die Teuerung von rund zehn Prozent in den letzten Monaten kaum zu stemmen. Und diese trifft keine Luxusprodukte: Obst, Gemüse, Nudeln, Brot haben riesige Preissprünge hinter sich, die das, was viele Erwerbslose oder auch Studierende für Ernährung zur Verfügung haben, schon jetzt sprengen. Die besondere Betroffenheit von Studierenden wurde auch schon in der Corona-Krise herausgearbeitet. Hier ergab eine Sozialstudie, dass ein Drittel der Studierenden unter der relativen Armutsgrenze lebt. Das liegt auch daran, dass die Förderungsquote beim Bafög bei nur elf Prozent liegt und es deshalb praktisch keine dauerhafte und strukturelle Studienfinanzierung gibt, die eine Mehrheit der Kommiliton*innen unterstützen würde. Deshalb konnten die Corona-Hilfen des Bundesministeriums, die aufgrund extrem hoher bürokratischer Hürden ohnehin kaum abgerufen wurden, auch nicht wirklich helfen.

Die angekündigten Hilfen reichen nicht

Jetzt sehen wir als Studierendenrat der MLU mit großer Sorge, dass die derzeit geplanten Entlastungspakete der Bundesregierung wieder keine Lösung für das strukturelle Armutproblem bieten. Das tun sie weder bei Geringverdiener*innen noch bei Erwerbslosen oder bei Studierenden. Eine strukturelle Lösung müsste das verfügbare Einkommen erhöhen und einen Ausgleich für die steigenden Preise schaffen bzw. Preise für Lebensmittel, Energie und Miete konsequent deckeln. Einmalzahlungen können in einer akuten Krise wie dieser notwendig sein, aber decken bisher nur die Zusatzkosten für einen sehr kurzen Zeitraum. Dazu kommt bei Studierenden, dass die Auszahlung der verkündeten

200 Euro für alle Studierenden noch extrem unklar ist. Die bisher erklärte Beantragungsform weckt wie oben erwähnt Erinnerung an die extrem bürokratischen Corona-Hilfen und kommen darüber hinaus im Frühjahr viel zu spät. Außerdem können die 200 Euro die krisenbedingten Zusatzkosten vielleicht für einen Monat abdecken, aber eben nicht mehr. Es ist also bereits jetzt klar, dass die Hilfen für Studierende nicht ausreichen werden und es weitere Entlastungen geben muss.

Land und Bund in der Pflicht

Hier sehen wir die Verantwortung, wie viele Studierendenschaften, die sich bereits für sozialen Protest vernetzen, ganz klar bei der Bundesregierung, die endlich einen solidarischen Weg bei der Krisenlösung gehen muss, auf dem niemand zurückgelassen wird. Von der Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger fordern wir Einsatz für die Interessen der Studierenden und eine Reform des Bafög, welches resilient gegenüber Krisen ist. Das ist auch das, was alle Ampel-Parteien in der Corona-Krise gefordert haben - eine weitere Verzögerung ist hier auch ein Wortbruch. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt muss beweisen, dass sie in der bzw. gegen die Krise investieren kann und will. Konkret bedeutet das, dass der bis jetzt nur angekündigte Landesfonds von 1,5 Milliarden Euro verwendet werden muss, um Sachsen-Anhalter*innen in Not zu helfen. Auch ein einzelnes Bundesland kann bspw. Hilfen für Erwerbslose, Studierende und Rentner*innen einrichten. Dazu muss das Geld auch in Institutionen fließen, die es ihren Aufgaben gemäß nutzen können - so müssen Hochschulen dabei unterstützt werden, das Lehrangebot aufrecht zu erhalten und die Studentenwerke brauchen Geld, damit es nicht zu weiteren Preissteigerungen kommt und sie vielmehr zusätzliche Angebote für Betroffene schaffen können. Wenn der Landesfonds nicht genauso verpuffen soll wie bundesweit die Milliarden aus den Corona-Fonds, dann müssen die Mittel schnell und direkt zu den Menschen kommen.

Die Krise ist hier angekommen

Im Supermarkt war die Krise schon lange sichtbar, in Halle ist sie es seit diesem Semester auch auf zwei weitere Arten: Zum einen nehmen die Preise in der Mensa zu, was im Sinne einer möglichst günstigen Verpflegung der Studierenden extrem problematisch ist. Auch die Diskussion über einen temporären Energie-Lockdown an ohnehin unterfinanzierten Hochschulen, der in Koblenz bereits angekündigt wurde, geht nicht spurlos an uns vorbei. Zum anderen kamen in letzten Monaten die Forderung nach Neben- und Betriebskosten-Erhöherungen gegenüber den Mieter*innen. Hier gibt es bundesweit erschreckende Beispiele von privaten Vermieter*innen, die auch in der Krise noch Profit machen wollen, was politisch unbedingt unterbunden werden muss. In Halle hat aber auch die Ankündigung der HWG, die Heizkosten-Abschlagszahlungen um 200 Prozent zu erhöhen, zurecht für Unverständnis gesorgt, auch bei vielen Studierenden, die bei dem kommunalen Vermieter gerne wohnen. Dazu kommt noch eine Erhöhung der Betriebskosten um 20 Prozent. Kurzum: Wer jetzt bspw. 70 Euro für seine*ihre Heizkosten zahlt, soll ab dem 1. Januar 210 Euro zahlen. Aber woher soll das Geld herkommen? Ganz offensichtlich kommen die Entlastungen und Energiepreisbremsen nicht bei Mieter*innen an, wenn sie eine Verdreifachung der Kosten übernehmen sollte. Die Wahrheit dabei ist: Viele Betroffene werden das Geld schlicht nicht haben und geraten in eine Schuldenfalle, der sie nur schwer wieder entrinnen können. Auch der Hinweis der HWG auf die Beantragung von

etwaigen Unterstützungsleistungen bringt wenig, denn die Wohngeldstelle der Stadt verlangt eine enorme bürokratische Leistung, ist extrem überlastet und wird auch nach der Wohngeldreform noch etliche Dokumente verlangen, die für die Feststellung der Bedürftigkeit keinerlei Sinn ergeben. Fakt ist: Auch viele Studierende werden sich das nicht leisten können. Wir fordern die Stadt und die HWG deshalb dazu auf, diese horrende Erhöhung zurückzunehmen und vordringlich für eine schnelle und unbürokratische Bearbeitung von Wohngeld-Anträgen zu sorgen. Natürlich müssen unsere Forderungen zusammengedacht werden: Es braucht mehr Geld vom Land für Studentenwerke, Hochschulen und Kommunen, echte und strukturelle Hilfen auf Bundesebene und auf kommunaler Ebene das Festhalten am sozialen Auftrag kommunaler Wohnungsgesellschaften. Tausende Studierende sind allein in Halle in einer prekären Lage, andere Gruppe sind ebenso betroffen. Wer jetzt deutlich mehr Geld verlangt, egal ob Uni, Staat, Privatunternehmen oder Wohnungsgesellschaften, riskiert soziales Elend - gesellschaftlich und ganz persönlich. Um die Kämpfe für eine solidarische Krisenlösung zu unterstützen, rufen wir deshalb dazu auf, sich an Bündnissen wie "Halle Zusammen" oder "Genug ist Genug" zu beteiligen und die eigenen Interessen zu artikulieren.

Bericht Vorsitz für die StuRa-Sitzung am 21.11.2022:

- Tagesgeschäft (Mails, SPK-Sitzung)
- Vorgespräch + Ausarbeitung Strategie Semesterticket
- Gespräch mit 6 portugiesischen Journalist*innen
- Interview Radio Corax
- Teilnahme #MLUnterfinanziert Plenum zur Situation in der Politikwissenschaft -> darauf aufbauend Statement erarbeitet
- Teilnahme an der AK-Koordination
- Teilnahme am „Krisengipfel Soziale Not“ von Lernfabriken meutern

Bericht der Sprecher*innen für Soziales ausgefertigt am 01.12.2022

- Tagesgeschäft
- keine Sozialdarlehen vergeben
- 1 Sozialdarlehen abgeschrieben (SPK-Beschluss)
- Aktenschrank aufgeräumt

Bericht Sitzungsleitung 01.12.22

- Tagesgeschäft
- Mailverkehr
- Sitzungen vor- und nachbereitet
- viel Mitgliederverwaltung (schon 3 ruhende Mandate und ein Rücktritt)

Bericht FSR Koordination 01.12.22

- AK- Koordinationstreffen wurde veranstaltet, vier AKs waren anwesend
- Update: DAAD Welcome Projekt
- Planung FSR- Koordinationstreffen

Bericht Finanzen

30.11.2022

Tagesgeschäft:

- Diverse Anfragen per Mail bearbeitet
- Buchhaltung
- Projektabrechnungen bearbeitet
- Überweisungen getätigt
- Pflege der finanzrelevanten Beschlussdatenbanken
- Rechnungen geschrieben

Zusätzlich:

- Nachbereitung verschiedener Projekte
- Rücksprache mit verschiedenen projektantragstellenden Personen und AKs
- Erarbeitung neue Verträge für Beratungen
- Absprache mit Sozialsprechis bezüglich Darlehenständen

Haushalt:

Projekttopf (nur offene Projekte)

- | | |
|-----------|--|
| - 715 € | Mietspiegel |
| - 500 € | Vortragsveranstaltung Solidarität |
| - 400€ | Workshop „Sexualisierte Gewalt“ |
| - 2.000 € | Vernetzungstreffen kritische Medizin |
| - 2.820 € | Ringvorlesung Zukunftsfähige Landwirtschaft |
| - 3.000 € | <i>Kritische Einführungswochen (in Abrechnung)</i> |
| - 1.500 € | <i>Magistrale frei(t)räumen (in Abrechnung)</i> |
| - 1.500 € | 25. jähriges Jubiläum |
| - 1.500 € | Vorlesungsreihe „cash rules everything around me!“ |
| - 500 € | Kunstaustellung „Intensities/Identities“ |
| - 1.000 € | Public Climate School |
| - 600 € | Organizing Workshop |

(Vorgesehen: 27.361,00 € / Nach Beschlüssen: 3.366,00 € / Nach Abrechnung: **5.960,74 €**)

Sporttopf:

(Vorgesehen: 38.280,00 € / Nach Beschlüssen: 33.686,80 € / Nach Abrechnung: **34.240,70 €**)

Der HEP ist nicht in Stein gemeißelt! – Unterstützung für die Initiative der Politikwissenschaft im Senat

In der **Senatssitzung** am **07.12.** kommt es ab **13 Uhr im Halleschen Saal** zum Showdown: Es wird über einen alternativen Finanzierungsplan in der Politikwissenschaft entschieden, der die eigentlich schon verloren geglaubte Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte doch noch retten könnte. Das Rektorat und einige Senator*innen lehnen diesen Vorschlag jedoch aus nicht überzeugenden Gründen bisher ab. Der Studierendenrat solidarisiert sich mit dem Vorschlag der Politikwissenschaft. Darüber hinaus fordert der Studierendenrat Rektorat und Senat dazu auf, in Zukunft auch anderen Studiengängen und Fakultäten die Möglichkeit einzuräumen, Änderungen am Hochschulentwicklungsplan (HEP) vorzunehmen. Der HEP ist nicht in Stein gemeißelt! Zentral bleibt weiterhin die Forderung an die Landesregierung, die Hochschulen im Land endlich finanziell auskömmlich auszustatten.

Was schlägt der Plan der Politikwissenschaft konkret vor?

Statt die Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte komplett mitsamt der Stellen für Mitarbeiter*innen zu streichen, sollen mehre andere Einsparungen vorgenommen werden: z.B. soll die Entlohnung für die Professur reduziert werden. Auch im Alternativplan werden Stellen gestrichen, ebenfalls zu Lasten der Mitarbeiter*innen – aber verteilt über das Institut für Politikwissenschaft insgesamt, nicht auf einen Bereich allein. Der Plan der Politikwissenschaft wird von der gesamten Philosophischen Fakultät mit Beschluss des Fakultätsrates unterstützt, sogar so weit, dass auch die Geschichte eigene solidarische Sparmaßnahmen zur Finanzierung angeboten hat.

Ist dieser alternative Plan aber nicht auch ein Kürzungsbeschluss?

Grundsätzlich ja. Auch der alternative Finanzierungsplan aus der Politikwissenschaft beinhaltet Stellenstreichungen, die schmerzhaft sind, da nur auf diesem Weg die nach Hochschulentwicklungsplan bestimmten Gelder eingespart werden können. Deshalb bleibt die Lage auch damit weiterhin angespannt, da die Landesregierung nicht willens ist, die Universität aufgabengerecht auszufinanzieren. Im Ergebnis und für den Moment ist der Vorschlag der Politikwissenschaft die Beste unter den schlechten Alternativen.

Warum ist die Politikwissenschaft bei Ablehnung des Vorschlags in Gefahr?

Ohne die Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte müsste das Politikwissenschaftsstudium komplett neu aufgestellt werden. Aktuell sind die vier Themenbereiche Regierungslehre, Systemanalyse, Internationale Beziehungen und Theorie gleichberichtigt im Studium aufgestellt, somit wäre eine Änderung notwendig. Dafür bleibt aber keine Zeit. Damit die Politikwissenschaft spätestens im März nächsten Jahres akkreditiert werden kann, müssen bereits im Dezember dazu die entsprechenden Pläne vorliegen. Wenn jetzt die Theorie wegfällt, ist eine komplette Neuaufstellung des Studiums nötig. Dies ist bis Dezember einfach nicht zu schaffen. Ohne die Akkreditierung würde der Studiengang dann aber langfristig geschlossen werden.

Wie hängt die Debatte um die Politikwissenschaft mit der allgemeinen Kürzungsdiskussion zusammen?

Die Debatte selbst beschränkt sich zwar lediglich auf die Politikwissenschaft, aber sie zeigt darüber hinaus zwei systemische Probleme in der aktuellen Kürzungsdebatte auf:

Zunächst ist einmal mehr klar, dass allein die nicht ausreichende Finanzierung der Martin-Luther-Universität durch Landes- und Bundesregierung dazu führt, dass der Akademische Senat nun unter zwei verschiedenen Kürzungsmaßnahmen auswählen muss. Egal wie die Entscheidung am Mittwoch ausgeht, in beiden Fällen wird das Studium der Politikwissenschaft, genauso wie viele andere Studiengänge, die am Mittwoch nicht auf der Tagesordnung stehen, – an Lehrqualität, Forschungsstärke und Strahlkraft verlieren. Diese Entwicklung hätte mit einer ausreichenden Finanzierung verhindert werden können. Deshalb fordern wir als Studierendenrat auch weiterhin die Landesregierung dazu auf, endlich ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Hochschulen im Land (Stichwort Kofinanzierung des Zukunftsvertrages) nachzukommen! Die Martin-Luther-Universität kann langfristig nur eine attraktive Hochschule für die Region und alle Studierende bleiben, wenn die finanzielle Ausstattung den Anforderungen für die Lehre und Forschung in den einzelnen Studiengängen entspricht.

Die zweite Erkenntnis dieser Debatte bezieht sich stärker auf die hochschulinterne Kürzungsdebatte und dabei besonders auf den Hochschulentwicklungsplan, der in seiner partiellen Fortschreibung am 06.04.22 durch den Akademischen Senat beschlossen wurde. Wohlgermerkt mit einer Professor*innenmehrheit, die sich gegen eine fast geschlossene Ablehnung des HEP von Studierenden, wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter*innen durchsetzte. Dieser HEP ist bereits an anderer Stelle häufig für seine

unwissenschaftliche Herangehensweise und das sogenannte „Rasenmäherprinzip“ bei den Kürzungen kritisiert wurden. Zusätzlich ist aber besonders kritisch, dass der Plan je nach Studiengängen und Fakultäten mit unterschiedlichen Maßstäben misst. Während einzelne Fakultäten selbst entscheiden durften, wie sie die notwendigen Einsparziele im Rahmen der Kürzungen umsetzen wollen, wurde anderen Fakultäten (wie der Philosophischen Fakultät I und dem Institut für Politikwissenschaft) diese Entscheidung einfach diktiert. Aus dieser fehlenden Entscheidungsfreiheit ergab sich nun auch der Wunsch der Politikwissenschaft, einen alternativen Finanzierungsplan aufzustellen. Wir als Studierendenrat sind der Ansicht, dass nicht nur der Politikwissenschaft diese Entscheidungsfreiheit mit dem Senatsbeschluss gewährleistet werden sollte. Andere Studiengänge und Fakultäten sollten auch die Möglichkeit erhalten, bei Bedarf nochmals Änderung am HEP vorzunehmen. Der HEP ist nur ein Senatsbeschluss und dementsprechend nicht in Stein gemeißelt!

Antragsteller: Jan Niklas Reiche

Protokoll der 2. Sitzung am 21.11.22

angenommene Änderungen

S. 5

vorher:

Korbinian: findet alle Sachen, die da drinstehen, stimmt nicht zu, solange da nicht Linksextremismus drinsteht

geändert zu:

Korbinian: Findet alle Sachen, die da drinstehen richtig , stimmt nicht zu, solange nicht Linksextremismus explizit erwähnt ist.

S. 5

vorher:

Johannes K: findet es beachtlich, wer sich von rechts angesprochen fühlt, Mitte der Gesellschaft ist ein Konstrukt, natürlich ist Satzungsänderung ein Statement, sogar mehr

geändert zu:

Johannes K: findet es beachtlich, wer sich von rechts angesprochen fühlt und sich gleichzeitig für die Mitte der Gesellschaft (die ein Konstrukt ist) hält, natürlich ist Satzungsänderung ein Statement, sogar mehr

S. 7

vorher:

Johannes K: [...] iranische Namen haben kurdischen namen nicht anerkannt,

geändert zu:

Johannes K: [...] iranische Behörden haben kurdischen Namen nicht anerkannt,

S. 9

vorher:

Johannes K: „Warum sind eure me-mes so super whack?“ Darum bei vergangener Sitzung nur draußen ausgelegt?

geändert zu:

Johannes K: „Warum sind eure MayMays so super whack?“ Darum bei vergangener Sitzung nur draußen ausgelegt?

offene Beanstandung

S. 5

bisher:

Simon: findet es schade, dass Luisa nicht auf ihn eingeht, die rechten Demos sind Bedrohungen für Beamt*innen, macht große Dimension (USA, Bundestag) auf rechtsradikale Morde seit 1990, Rechtsradikalität ist keine Meinung

Beanstandung/Änderungsvorschlag:

Simon: findet es schade, dass Luisa nicht auf ihn eingeht, die rechten Demos sind Bedrohungen für Beamt*innen, macht große Dimension (USA, Bundestag) auf rechtsradikale Morde seit 1990, Rechtsradikalität ist keine Meinung

Wir leben in einer Demokratie, aber nicht alle Meinungen haben eine Daseinsberechtigung. Rechte Ansichten gehören dazu, für diese ist keinen Platz und sie sollten verboten sein!